

Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern
Münsterplatz 3a
3011 Bern

consultation@vol.be.ch

Bern, 28. April 2015

Arbeitsmarktgesetz (AMG) (Änderung) – Vernehmlassungsantwort BDP Kanton Bern

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die BDP Kanton Bern bedankt sich für die Möglichkeit, zur Revision des Arbeitsmarktgesetzes (AMG) Stellung nehmen zu können.

Grundsätzliche Bemerkungen

Im Grundsatz befürworten wir die vorgeschlagenen Änderungen im AMG und anerkennen die Notwendigkeit der Änderungen. Gleichzeitig treten mit dem elektronischen Datenaustausch Risiken bezüglich Datenmissbrauch auf. Während im Datenschutzgesetz allfällige Missbräuche bzw. die Verhütung von Missbräuchen geregelt sind, fehlen solche Regelungen im AMG, obwohl es sich hier um besonders sensible Daten handelt. Aus diesem Grund beantragt die BDP Kanton Bern, den Umgang mit persönlichen Daten und Informationen in diesem Gesetz separat zu regeln und den Beteiligten klare Vorgaben in diesem Gesetz zu geben.

Zu den einzelnen Artikeln

Art. 5: KAMKO

Es ist aus Sicht der BDP Kanton Bern nachvollziehbar, dass die Arbeitsbelastung der KAMKO eher zunehmen wird. Dennoch lehnt die BDP Kanton Bern die Regelung in Bezug auf die Stellvertretungen grundsätzlich ab. Denn damit wird einerseits der Personalapparat weiter aufgebläht und andererseits die administrativen Aufgaben für die Verwaltung vergrössert, während die Stellvertretungen nicht die nötigen Kenntnisse haben, um bei Abwesenheit der KAMKO-Mitglieder einzuspringen. Es sollen nur Personen in die KAMKO gewählt werden, welche die nötige Zeit zur Verfügung stellen können und welche an den Sitzungen teilnehmen können.

Art. 14

Die Gemeinden haben eigentlich bezüglich arbeitsloser Personen keine Funktion mehr. Dennoch vertritt die BDP Kanton Bern die Meinung, dass bei den Gemeinden eine Informations- und Meldepflicht für Arbeitslose bestehen sollte. Die Gemeindebehörden sind meistens die erste Anlaufstelle oder haben als Erste Kenntnis von Betriebsschliessungen, Entlassungen oder arbeitslosen Einwohnerinnen und Einwohnern. Aus diesem Grund schlägt die BDP Kanton Bern vor, die Informationspflicht der Gemeinden in diesem Artikel aufzuführen.

Ablauf eines Assessments

Im Vortrag unter Pkt. 2.2 wird der Ablauf eines Assessments mit Assessorinnen oder Assessoren beschrieben. Gleichzeitig sind diese im Gesetz nicht erwähnt, weshalb die BDP Kanton Bern verlangt, dass folgende und weitere Fragen betreffend Assessments im Gesetz klar zu erläutern sind: Wo werden die Assessorinnen und Assessoren eingesetzt? Wo werden diese angestellt? Wie werden diese entschädigt? Wo sind diese organisatorisch eingegliedert?

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und behalten uns ausdrücklich das Recht vor, weitere Anträge zu stellen.

Freundliche Grüsse

BDP Kanton Bern



Heinz Siegenthaler
Präsident



Yvonne Barmettler
Geschäftsführerin